

Protokoll Nr. 21 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin: Mittwoch, 11.02.2026
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:15 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzender
Götze, Horst

SPD-Fraktion
Busch, Friedrich
Warnecke, Detlef für Swantje Rosema

CDU-Fraktion
Ohling, Albert

Gruppe GRÜNE feat. Urmel
Ouedraogo, Abdou

FDP-Fraktion
Meyer, Henning

GfE-Fraktion Grundmandat
Müller, Horst

Fraktion DIE LINKE. Grundmandat
Mennenga, Lars

Stimmberechtigte Sonstige Mitglieder
Kamer, Stefan
Meinen, Regina

Beratende Mitglieder
Bergstedt, Carsten
Philipps, Gaby
Ricken, Odilie
Spannhoff, Dagmar
Wilts, Elfriede
Wermuth, Wilma

Verwaltungsvorstand
Grendel, Volker

von der Verwaltung
Christians, Jörg
Bloem, Angela
Bonn-Sommer, Renate
Bönsch, Edda

Protokoll Nr. 21 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 11.02.2026

Protokollführung

Klaaßen, Celina

Gäste

Sawyer, Katrin
Lindenau, Sandra
Fietz, Henning

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Götze begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss: Die Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Genehmigung des Protokolls Nr. 20 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses
am 18.06.2025

Beschluss: Das Protokoll Nr. 20 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 18.06.2025
wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Genehmigung des Protokolls Nr. 1 über die gemeinsame Sitzung des
Schulausschusses und des Jugendhilfeausschusses am 09.09.2025

Beschluss: Das Protokoll Nr. 1 über die gemeinsame Sitzung des Schulausschusses und des
Jugendhilfeausschusses am 09.09.2025 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 5 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

B E S C H L U S S V O R L A G E N

TOP 6 Weiterführung des Projektes „Inklusive Gymnasien“
Vorlage: 18/1887

Herr Christians führt einleitend aus, dass das Projekt „Inklusive Gymnasien“ bereits mehrfach im Ausschuss behandelt worden sei und seit 2022 bestehe. Aufgrund der befristeten Finanzierung müsse regelmäßig über eine Verlängerung entschieden werden. Das Projekt habe sich an den Schulen etabliert und werde in enger Zusammenarbeit mit dem Jugendhilfeträger Outlaw sowie den Schulleitungen fortlaufend weiterentwickelt und evaluiert. Die Verwaltung sehe weiterhin entsprechende Bedarfe und schlage daher vor, das Projekt zunächst um ein weiteres Jahr zu verlängern. Zugleich weist er darauf hin, dass es sich um eine kommunal finanzierte Leistung handele, da das Land bislang keine Schulsozialarbeit an den Emdener Gymnasien bereitstelle. Im Hinblick auf die Haushaltsberatungen 2027 ff. müsse das Projekt im kommenden Jahr erneut politisch beraten werden.

Frau Lindenau (Schulsozialarbeiterin JAG) und **Frau Sawyer** (Schulsozialarbeiterin MAX) stellen die schulbezogene Sozialarbeit im Rahmen des Projektes „Inklusive Gymnasien“ anhand einer PowerPoint-Präsentation vor. Diese ist [hier](#) einsehbar.

Herr Damm erläutert, dass weiterhin keine Unterstützung des Landes für Schulsozialarbeit an Gymnasien absehbar sei. Gleichzeitig hätten sich die Bedarfe der Schülerinnen und Schüler deutlich verändert, weshalb die Unterstützung an den Schulen notwendig sei. Mit den derzeit jeweils 20 Wochenstunden pro Schule könnten insbesondere dringende Bedarfe aufgefangen werden. Er weist darauf hin, dass eine Vollzeitstelle durch das Land am JAG nur knapp verfehlt worden sei.

Herr Tapper bedankt sich für die Möglichkeit, das Projekt erneut vorstellen zu können. Anhand der vorgestellten Fallzahlen werde deutlich, dass psychische Belastungen, Ängste und Orientierungsschwierigkeiten unter Jugendlichen stark zugenommen hätten. Diese Entwicklung habe sich in den vergangenen Jahren auch im Schulalltag deutlich bemerkbar gemacht. Lehrkräfte seien für derartige Beratungssituationen nicht ausreichend ausgebildet und könnten betroffene Schülerinnen und Schüler ohne qualifizierte Unterstützung nur eingeschränkt begleiten. Die Schulsozialarbeit stelle daher eine wichtige Unterstützung für die Schulen dar.

Herr Götze bedankt sich für die Ausführungen und bittet um Wortmeldungen.

Herr Ohling bedankt sich bei Frau Lindenau und Frau Sawyer für ihre Arbeit und hebt hervor, dass der Bedarf an Schulsozialarbeit an Gymnasien offensichtlich weiter zunehme. Er kritisiert, dass die Finanzierung im Gegensatz zu anderen Schulformen nicht durch das Land erfolge und stattdessen von der Kommune getragen werden müsse. Besonders im Bereich psychischer Belastungen und langer Wartezeiten auf therapeutische Angebote sei die Unterstützung vor Ort von großer Bedeutung.

Herr Ouedraogo erklärt, dass die vorgestellten Zahlen und Fallbeispiele die bestehenden Herausforderungen deutlich machten. Schulische sowie familiäre Problemlagen spielten dabei gleichermaßen eine Rolle. Die Unterstützung einzelner Schülerinnen und Schüler erfordere teilweise einen hohen zeitlichen Aufwand, sei jedoch notwendig, um eine Teilnahme am Schulalltag wieder zu ermöglichen. Die Gruppe GRÜNE feat. Urmel werde der Beschlussvorlage daher zustimmen.

Herr Warnecke zeigt sich von den hohen Fallzahlen überrascht und fragt nach möglichen Ursachen für die Häufung der Fälle in den unteren Jahrgängen. Zudem erkundigt er sich nach

Protokoll Nr. 21 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 11.02.2026

der Nutzung von Familienberatungsangeboten und möglichen Hemmnissen bei deren Inanspruchnahme.

Frau Sawyer erklärt hierzu, dass Schulabsentismus bereits in den unteren Jahrgängen und teilweise schon in der Grundschule beginne. Besonders bei jüngeren Kindern fehle es häufig an geeigneten Unterstützungsstrukturen. Zudem bestünden bei Familien teilweise Hemmschwellen gegenüber Beratungsstellen, insbesondere aus Sorge vor möglichen Konsequenzen durch das Jugendamt. Die Schulsozialarbeit versuche daher, unterstützend zu vermitteln und Ängste abzubauen.

Herr Meyer erklärt, dass seine Fraktion das Projekt bereits in der Vergangenheit unterstützt habe und dies auch weiterhin tun werde. Die Schulsozialarbeit an Gymnasien sei kein Zusatzangebot mehr, sondern entspreche einem tatsächlichen Bedarf. Die Zusammenarbeit zwischen Schulen, Stadt und Träger habe sich bewährt und verbessere die Teilhabechancen vieler junger Menschen. Trotz der fehlenden Unterstützung durch das Land halte seine Fraktion eine Fortführung des Projekts für wichtig.

Herr Mennenga bedankt sich ebenfalls für die Arbeit und kündigt Unterstützung für das Projekt an.

Herr Grendel bedankt sich zunächst für die vorgestellten Beiträge sowie die geleistete Arbeit im Rahmen des Projekts. Gleichzeitig weist er auf die angespannte Haushaltslage der Stadt hin. Das Projekt „Inklusives Gymnasium“ müsse deshalb im kommenden Jahr im Rahmen der Haushaltsberatungen erneut kritisch betrachtet und geschärft werden. Dabei sei insbesondere zu berücksichtigen, dass unter dem Projektnamen inzwischen überwiegend klassische Schulsozialarbeit geleistet werde.

Er führt aus, dass künftig eine deutlichere Abgrenzung zwischen Schulsozialarbeit, therapeutischen Leistungen sowie anderen Unterstützungs- und Hilfesystemen erforderlich sei. Dabei verweist er insbesondere auf den Bereich Schulabsentismus bei Kindern unter 14 Jahren. Während für Jugendliche über 14 Jahren teilweise Fördermöglichkeiten bestünden, müsse die Stadt entsprechende Leistungen im U14-Bereich vollständig selbst finanzieren.

Zudem spricht Herr Grendel die intensive Einzelfallarbeit an. Einerseits sei dargestellt worden, dass überwiegend beratende Tätigkeiten durchgeführt würden, andererseits binde die Begleitung einzelner Fälle – beispielsweise über einen Zeitraum von acht Wochen – erhebliche personelle Ressourcen. Dies müsse künftig genauer betrachtet und strukturell klarer eingeordnet werden. Vor diesem Hintergrund sei auch zu prüfen, wie bestehende Kooperationsstrukturen mit anderen Hilfesystemen weiter ausgebaut und Zuständigkeiten deutlicher definiert werden könnten.

Er betont zugleich, dass die geleistete Arbeit im Einzelfall außerordentlich wertvoll sei und weiterhin ein hoher Unterstützungsbedarf bestehe. Allerdings müsse auch berücksichtigt werden, dass es sich um ein gesamtgesellschaftliches Problem handle. Sorge bereite ihm insbesondere, dass der Kontakt zu Eltern zunehmend über Schulsozialarbeit hergestellt werden müsse und Eltern nicht selbst frühzeitig Unterstützung einforderten. Es dürfe nicht der Eindruck entstehen, dass Schule, Jugendhilfe oder Schulsozialarbeit dauerhaft elterliche Verantwortung ersetzen könnten. Ziel müsse vielmehr sein, Elternsysteme zu stärken und Verantwortlichkeiten klar zuzuordnen.

Hinsichtlich der vorgestellten Fallzahlen erklärt Herr Grendel, dass ihn die Zahl von 86 betreuten Kindern und Jugendlichen sowie weiteren Beratungsfällen angesichts des Stundenumfangs von insgesamt 40 Wochenstunden an zwei Gymnasien nicht überrascht habe. Problematisch sei jedoch insbesondere die langfristige und intensive Betreuung einzelner Fälle, die einen hohen Zeitaufwand verursache.

Protokoll Nr. 21 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 11.02.2026

Abschließend betont Herr Grendel, dass das Projekt für das kommende Jahr fortgeführt werden solle. Parallel müsse jedoch weiterhin Druck auf das Land Niedersachsen ausgeübt werden, damit Schulsozialarbeit künftig auch an Gymnasien landesseitig bereitgestellt werde. Trotz entsprechender politischer Ankündigungen sei dies bislang nicht erfolgt. Man werde das Projekt daher im kommenden Haushalt erneut beraten und überprüfen müssen.

Auf Nachfrage von **Herrn Ohling** erläutert **Frau Lindenau**, dass die Schulpsychologin der Schulen bei akuten Fällen unterstütze, jedoch keine Möglichkeit bestehe, therapeutische Maßnahmen oder Termine in der Kinder- und Jugendpsychiatrie zu beschleunigen.

Herr Götze hebt abschließend hervor, dass sich die Situation an Schulen in den vergangenen Jahren stark verändert habe und der Unterstützungsbedarf weiter zunehme. Die Schulsozialarbeit leiste einen wichtigen Beitrag, um junge Menschen zu stabilisieren und ihnen den Übergang in Ausbildung und Beruf zu erleichtern.

Beschluss: Das Projekt „Inklusive Gymnasien“ wird, vorbehaltlich zur Verfügung stehender Haushaltsmittel, am Johannes-Althusius-Gymnasium und dem Max-Windmüller-Gymnasium im Schuljahr 2026/2027 als Jugendhilfemaßnahme weitergeführt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 7 Suchtprävention in Emdern, ein Projekt der „Gesellschaft zur Hilfe für suchtgefährdete und abhängige Menschen e. V.“
Vorlage: 18/1885

Frau Ricken führt einleitend aus, dass der Fachdienst Jugendförderung im Rahmen des erzieherischen Jugendschutzes ein Pilotprojekt zur Suchtprävention unterstützt habe, das nun fortgeführt werden solle. Beteiligt gewesen seien bislang die Oberschulen Wybelsum und Borssum sowie die Förderschule Emden.

Herr Fietz erklärt, dass das Projekt in den vergangenen fünf Jahren aufgebaut und zunächst durch Spenden finanziert worden sei. Im Jahr 2025 sei das Projekt erstmals gemeinsam mit dem Landkreis Leer und der Stadt Emden kommunal unterstützt worden. Inzwischen würden bereits fünf der sieben weiterführenden Schulen in Emden teilnehmen. Ziel sei es, künftig alle weiterführenden Schulen einzubinden. Die Zahl der bislang erreichten Schülerinnen und Schüler beziehe sich ausschließlich auf die Hauptmaßnahme „drop + hop“ in den sechsten Klassen. Darüber hinaus enthalte das Konzept weitere Präventionsangebote. Ziel sei es, die bestehenden Strukturen gemeinsam mit Schulen und Jugendhilfe weiter auszubauen, ohne den Personalschlüssel künftig weiter erhöhen zu müssen.

Er stellt die Suchtprävention im Landkreis Leer und der Stadt Emden anhand einer PowerPoint-Präsentation vor. Diese ist [hier](#) einsehbar.

Herr Götze bedankt sich für die Vorstellung und bittet um Wortmeldungen.

Herr Meyer bedankt sich ebenfalls und erklärt, dass die bisherigen Rückmeldungen aus der Pilotphase die Notwendigkeit des Projekts bestätigten. Gerade vor dem Hintergrund neuer Herausforderungen wie Mischkonsum, Medikamentenmissbrauch und neuer Substanzen seien Schulen auf verlässliche Präventionsangebote angewiesen. Die angebotenen Maßnahmen würden von den Schulen gut angenommen und leisteten einen wichtigen Beitrag zur Prävention. Seine Fraktion werde der Fortführung des Zuschusses zustimmen.

Protokoll Nr. 21 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 11.02.2026

Herr Ouedraogo betont ebenfalls die Bedeutung frühzeitiger Suchtprävention. Gerade Jugendliche würden Suchtmittel häufig zur Kompensation persönlicher Probleme nutzen. Prävention sei daher eine wichtige Investition in die Zukunft junger Menschen und der Gesellschaft insgesamt. Auch seine Gruppe werde die Fortführung des Projekts unterstützen.

Herr Busch bezeichnet Suchtprävention als gesellschaftlich sehr wichtiges Thema. Familien dürften mit den Folgen von Drogenkonsum nicht allein gelassen werden. Neben schulischer Prävention spielten auch soziale Medien und gesellschaftliche Entwicklungen eine Rolle. Er hebt hervor, dass die Arbeit des Projekts breite gesellschaftliche Unterstützung erfahre, was sich auch an den eingeworbenen Spenden zeige.

Her Grendel erklärt, dass er das Projekt ausdrücklich unterstütze, da Prävention spätere Interventionen verhindern könne. Er weist jedoch darauf hin, dass die eigentlichen Ursachen von Suchterkrankungen tiefer liegen würden und gesondert betrachtet werden müssten. Das Projekt trage jedoch dazu bei, dass Drogen nicht als Kompensationsmittel genutzt würden. Positiv sei zudem, dass die Präventionsarbeit nicht pauschal verteufelnd arbeite, sondern Jugendliche über die Folgen des Konsums aufkläre.

Herr Ohling kündigt ebenfalls Zustimmung zur Beschlussvorlage an, weist jedoch darauf hin, dass die finanziellen Folgen der Cannabis-Legalisierung erneut teilweise von den Kommunen getragen werden müssten. Die zusätzlichen Mittel für Präventionsarbeit seien dennoch sinnvoll investiert. Zudem erkundigt er sich danach, welche weiteren Schulen inzwischen am Projekt beteiligt seien.

Herr Fietz erläutert daraufhin, dass inzwischen neben den Oberschulen Wybelsum, Borssum und Herrentor auch die Förderschule Emden sowie die IGS Emden beteiligt seien. Die beiden Gymnasien sollten zeitnah folgen. Für Förderschulen sei zudem ein eigenes Konzept entwickelt worden, das inzwischen abgeschlossen sei. Hinsichtlich der Cannabis-Legalisierung erklärt er, dass die beobachteten Suchtprobleme vor allem mit kompensatorischem Konsum und synthetischen Cannabinoiden zusammenhängen. Minderjährige hätten weiterhin keinen legalen Zugang zu Cannabis, weshalb die Legalisierung nach seiner Einschätzung keinen direkten Einfluss auf die beobachteten Entwicklungen habe. Abschließend weist er darauf hin, dass sich die kommunalen Kosten für das Jahr 2026 auf insgesamt 22 Tsd. € beliefen; weitere Mittel würden durch den Landkreis Leer, Landesmittel und Spenden bereitgestellt.

Beschluss: Die Gesellschaft zur Hilfe für suchtgefährdete und abhängige Menschen e. V. erhält für die Fortsetzung des Projektes „Suchtprävention im Landkreis Leer und der Stadt Emden“ vom 01.01. – 31.12.2026 einen Zuschuss in Höhe von 22.000,00 €.

Ergebnis: einstimmig

MITTEILUNGSVORLAGEN

TOP 8 Sachstandsbericht zu den aktuellen Kita-Belegungszahlen und den Platzbedarfen
Vorlage: 18/1889

Herr Christians erläutert einleitend, dass die aktuelle Belegungssituation der Kindertagesstätten üblicherweise nach Abschluss des Kita-Anmeldeverfahrens vorgestellt werde. Aufgrund organisatorischer Änderungen im vergangenen Herbst erfolge die Vorstellung der Zahlen nun verspätet. Anschließend übergibt er das Wort an Frau Bonn-Sommer.

Protokoll Nr. 21 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 11.02.2026

Frau Bonn-Sommer stellt die Auswertung des Anmeldeverfahrens zum Kita-Jahr 2025/2026 anhand einer PowerPoint-Präsentation vor. Diese ist [hier](#) einsehbar.

Herr Grendel bedankt sich ausdrücklich bei allen Beteiligten für die konstruktive Umsetzung des „Emder Modells 2.0“. Entgegen anfänglicher Zweifel habe sich gezeigt, dass das Modell erfolgreich funktioniert. Die eingerichteten Vorhalteplätze müssten derzeit nicht vollständig genutzt werden, wodurch sowohl die Qualität in den Einrichtungen gesichert als auch freie Plätze für zuziehende Familien geschaffen würden. Dies sei insbesondere im Hinblick auf Fachkräftegewinnung und mögliche Betriebskitaplätze von Bedeutung. Er spricht sich dafür aus, das Modell zunächst fortzuführen und lediglich weiterhin zu evaluieren. Zudem weist er darauf hin, dass mit neuen Einrichtungen, beispielsweise am Burgplatz, natürlich auch wieder Vollbelegungen möglich seien.

Herr Mennenga erklärt, dass seine Fraktion die Anpassung des Emder Modells zunächst kritisch gesehen habe. Die aktuellen Zahlen zeigten jedoch, dass die Maßnahmen erfolgreich seien. Er erkundigt sich nach Rückmeldungen aus den Einrichtungen, insbesondere hinsichtlich möglicher Belastungen für die Mitarbeitenden durch größere Gruppen.

Frau Bonn-Sommer führt aus, dass hierzu keine besonderen negativen Rückmeldungen oder Kündigungen bekannt seien. Zwar sei grundsätzlich der Wunsch nach kleineren Gruppen und besseren Fachkraft-Kind-Schlüsseln nachvollziehbar, insgesamt habe sich die Situation jedoch stabil entwickelt. Sie betont zugleich, dass weiterhin Ausbaubedarf bestehe, insbesondere im Stadtteil Borssum. Dort seien zusätzliche Kita-Plätze erforderlich, um bestehende Einrichtungen dauerhaft zu entlasten und wieder in die ursprünglich vorgesehenen Rahmenbedingungen zurückzuführen.

Herr Grendel ergänzt, dass ein wesentlicher Teil der freigewordenen Plätze dadurch entstanden sei, dass Kinder unter drei Jahren weitgehend nicht mehr in Regel-Kita-Gruppen aufgenommen würden. Dadurch könnten mehr reguläre Plätze geschaffen werden, ohne die Belastung der Gruppen erheblich zu erhöhen. Das Modell berücksichtige sowohl räumliche Bedingungen als auch die Zusammensetzung der Gruppen und sei daher gerechter als pauschale Platzkürzungen. Insgesamt bewertet er das „Emder Modell 2.0“ als erfolgreich.

Frau Bloem bedankt sich bei der Sozialplanung für die Unterstützung bei der Auswertung und Entwicklung der Zahlen.

Herr Ohling erklärt abschließend, dass die Situation im Vergleich zu früheren Jahren deutlich verbessert sei. Während früher lange Wartelisten bestanden hätten, zeigten die aktuellen Zahlen nun eine spürbare Entlastung.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 9 Sachstandsmitteilung Jugendhilfeplanung
Vorlage: 18/1890

Frau Wermuth führt einleitend aus, dass die Jugendhilfeplanung nach vorbereitenden Arbeiten im vergangenen Jahr nun erste Ergebnisse und Erkenntnisse vorlegen könne. Neben internen Analysen seien auch Erkenntnisse aus einer breit angelegten Kinder- und Jugendbefragung sowie aus Gesprächen mit örtlichen Jugendhilfeträgern eingeflossen.

Frau Bönsch stellt den Sachstandsbericht zur Umsetzung der Jugendhilfeplanung anhand einer PowerPoint-Präsentation vor. Diese ist [hier](#) einsehbar.

Protokoll Nr. 21 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 11.02.2026

Herr Grendel erläutert, dass die weitere Jugendhilfeplanung zeitlich so abgestimmt werden solle, dass notwendige Maßnahmen rechtzeitig in die Haushaltsplanung der kommenden Jahre aufgenommen werden könnten. Noch vor der Sommerpause solle zunächst der Erkenntnisteil mit Handlungsempfehlungen vorgestellt werden. Anschließend solle die Sommerpause sowie das dritte Quartal zur konkreten Maßnahmenplanung genutzt werden, um die Jugendhilfeplanung im vierten Quartal verabschieden zu können.

Herr Götze bedankt sich für die Ausführungen und bittet um Wortmeldungen.

Herr Ouedraogo hebt hervor, dass insbesondere die Aussage vieler Jugendlicher, sich nach der Corona-Zeit teilweise nicht gewollt zu fühlen, besorgniserregend sei. Er begrüßt daher die weitere Beschäftigung mit diesem Thema im Rahmen der AG 78.

Frau Wermuth ordnet hierzu ein, dass die vorgestellten Aussagen aus Freitextantworten einer umfassenden Kinder- und Jugendbefragung stammten. Die Ergebnisse müssten nun weiter ausgewertet und anschließend gemeinsam beraten werden, um daraus entsprechende Konsequenzen und Maßnahmen abzuleiten.

Herr Ohling verweist auf die von freien Trägern benannten Bedarfe im Bereich Traumabewältigung und therapeutischer Unterstützung. Vor dem Hintergrund langer Wartezeiten für entsprechende Angebote regt er an zu prüfen, ob künftig freie Räumlichkeiten im Zusammenhang mit dem Krankenhausumzug genutzt werden könnten, um zusätzliche therapeutische Angebote oder Fachkräfte vor Ort anzusiedeln.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 10 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Frau Wermuth berichtet, dass sich die Verwaltung gemeinsam mit Schulen und weiteren Beteiligten weiterhin mit dem Thema „Schulabgänger ohne Sek-I-Abschluss“ befasse. Hierzu habe bereits eine gut besuchte Auftaktveranstaltung stattgefunden, an der unter anderem Schulleitungen und Schulsozialarbeit teilgenommen hätten. Künftig solle in den Arbeitsgruppen „Prävention“, „Intervention“ und „Übergänge“ weitergearbeitet werden, um konkrete Ziele und erste Handlungsansätze zu entwickeln. Erste Ergebnisse sollen möglichst bereits im Herbst vorgestellt werden.

TOP 11 Anfragen

Herr Ohling erkundigt sich nach der Bearbeitungsdauer bei Anträgen nach § 35a SGB VIII für Schulbegleitungen von Kindern und Jugendlichen mit seelischer Behinderung oder drohender seelischer Behinderung. Er weist darauf hin, dass ihm Fälle bekannt seien, in denen trotz vorliegendem multiaxialen Gutachten bereits seit längerer Zeit auf eine Entscheidung gewartet werde.

Frau Wermuth erklärt hierzu, dass nach Vorliegen des Gutachtens in der Regel weitere Prüfungen, beispielsweise Schulbesuche zur Feststellung der Teilhabebeeinträchtigungen, erfolgen würden. Anschließend werde die Hilfe in einem multiprofessionellen Bereichsteam bewertet. Üblicherweise erfolge eine Entscheidung innerhalb weniger Wochen. Bei dem angesprochenen Fall habe es sich vermutlich um einen Einzelfall mit organisatorischen Missverständnissen und fehlenden Unterlagen gehandelt. Sie sagt eine erneute Prüfung zu.

Herr Busch fragt nach dem aktuellen Stand der Instandsetzung des Jugendzentrums Alte Post.

Protokoll Nr. 21 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 11.02.2026

Frau Ricken erläutert, dass die Arbeiten noch nicht vollständig abgeschlossen seien. Zunächst hätten Brandschutzgutachten geprüft werden müssen; inzwischen seien die Ausschreibungen erfolgt, sodass die weiteren Arbeiten nun beginnen könnten. Verzögerungen seien insbesondere durch notwendige Sicherheitsprüfungen und den Mangel an spezialisierten Fachkräften entstanden.

Herr Ohling berichtet von Rückmeldungen von Pflegeeltern hinsichtlich der geplanten Aufgabenverlagerung zwischen Pflegekinderdienst und Allgemeinem Sozialen Dienst (ASD). Dort würden Sorgen bestehen, dass Bearbeitungszeiten länger würden und die zuständigen Mitarbeitenden des ASD die Kinder weniger gut kennen würden. Er regt an, die Pflegeeltern nochmals ausführlich über die geplanten Veränderungen zu informieren.

Frau Wermuth erklärt, dass Veränderungen grundsätzlich Verunsicherung auslösen könnten. Ziel der Umstrukturierung sei jedoch, den Pflegekinderdienst von Verwaltungsaufgaben zu entlasten, um mehr Zeit für Beratung und Begleitung der Pflegefamilien zu schaffen. Die Rückmeldungen zeigten, dass weiterer Informationsbedarf bestehe; gemeinsam mit den beteiligten Diensten solle daher geprüft werden, wie die Kommunikation verbessert werden könne.

Herr Grendel ergänzt, dass die öffentliche Diskussion geplanter Veränderungen häufig bereits Ängste auslöse, obwohl konkrete Umsetzungen noch nicht abgeschlossen seien. Ziel sei eine klarere Trennung zwischen Hilfeplanung und Hilfeleistung. Die bestehenden Mitarbeitenden würden weiterhin tätig bleiben, jedoch stärker spezialisiert eingesetzt werden. Für Pflegefamilien würden daraus keine Nachteile entstehen - vielmehr solle die Betreuung insgesamt verbessert werden.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.